

Der Crash ist ausgeblieben, die Banken haben den Sturm überlebt. Viele machen schon wieder Gewinne. Die HypoVereinsbank meldete im ersten Halbjahr 2009 einen Gewinn von 372 Millionen, die deutsche Bank sogar mehr als 3,1 Milliarden. Aktionäre können sich über steigende Kurse und Dividenden freuen. Zu verdanken haben sie das dem von der Bundesregierung eingesetzten SoFFin, der bisher Garantien und Eigenkapital von 153 Milliarden vergeben hat. Und den finanziert... der Steuerzahler ! Allein für die Bankenrettung haftet jeder Deutsche mit bis zu 2000 Euro. Für eine 6-köpfige Familie vom Kleinkind bis zur Oma macht das 12.000 Euro. Natürlich wird der Staat nicht die gesamte Summe aufbringen müssen. Einen Teil der Garantien wird der Staat nicht einlösen müssen, ein Teil des zur Verfügung gestellten Eigenkapitals wird der Staat auch zurückerhalten. Wie viel die Bankenrettung am Ende kosten wird, kann heute niemand berechnen – Schätzungen schwanken zwischen 20 und 50 Milliarden – und bis heute sieht es so aus, als ob diese Summe im Lauf der letzten Jahre allein von den Steuerzahlern aufgebracht werden müssen. Und die Banken selbst ? Banken, die von der SoFFin durch Garantien oder Eigenkapitalhilfen gerettet wurden, müssen dafür Gebühren zahlen – Immerhin ! Aber nicht alle Geretteten müssen zahlen. Wenn die HRE nicht gerettet worden wäre, hätte zum Beispiel auch die deutsche Bank Milliarden, die sie dort angelegt hatte, abschreiben müssen. Doch Sie selbst erhielt keine Garantien - zahlt also nichts für die Rettungsaktion. Für andere Banken gilt ähnliches. Viele Experten halten das für falsch.

**Banken haftbar machen !**

Professor Udo Reifner, Direktor des Hamburger Institut für Finanzdienstleistung hält es für fatal, dass die Banken so weitermachen - bis zur nächsten Krise - und in der Zwischenzeit die Steuerzahler, der Staat und natürlich auch die Arbeitnehmer diese Lasten tragen müssen. Ähnlich argumentiert Professor Jan Pieter Krahen, Chef des „center for financial studies“ in Frankfurt und Berater der Bundesregierung. Die Banken müssen seiner Meinung nach an den erwarteten Verlusten von Banken Krisen in Zukunft ganz anders beteiligt sein, als bisher. Bisher wurde dafür eine Finanzmarktsteuer vorgeschlagen - oder eine Börsenumsatzsteuer. Aber die sind nach der Wahl wieder in der Versenkung verschwunden. Und es geht ohnehin einfacher. Professor Krahen schlägt etwas ähnliches vor, wie einen ganz normalen Versicherungsvertrag. Auch in anderen Bereichen, etwa PKW-Bereich kennen wir das das künftig mögliche Schäden in eine Versicherungsprämie dem Nutzer angelastet werden. Eine Art Konkursversicherung für Banken gibt es schon, seit 30 Jahren: den Einlagensicherungsfonds des deutschen Bankenverbandes, in dem alle Privatbanken Deutschlands organisiert sind.

Für jeweils 100 Euro, die eine Bank von einem Kunden erhält, muss sie pro Jahr null Komma drei Promille, also 3 Cent in den Feuerwehrfonds einzahlen. Und falls eine Bank pleitegeht sind damit alle Spareinlagen abgesichert. Theoretisch mit vielen hundert Millionen Euro je Kunde. Allerdings: Wie viel Geld im Rettungsfonds angesammelt wurde... darüber verweigert der Bundesverband deutscher Banken bis heute jede Auskunft ! Und das wohl aus gutem Grund- als zu Beginn der Finanzkrise die eher kleine deutsche Filiale der amerikanischen „Lehmann-Brothers“ pleite ging... reichte das ‚Löschwasser‘ nicht. Im Feuerwehrfonds war nicht genug Geld - eine Fehlkonstruktion, auch für Professor Krahen. Er beklagt, dass die bisherigen Einlagensicherungsfonds vom Volumen her zu klein sind - sind von der Kompetenz her nicht stark genug.

**Ein ‚besserer‘ Einlagensicherungsfonds**

Auch Professor Reifner meint: „Der muss größer gemacht werden, da müssen echte Garantien der einzelnen Banken sein, damit sie das Risiko in ihrem System auch selber tragen“. Gleichzeitig dürfte ein solcher Fonds nicht erst einspringen, nachdem eine Bank Konkurs gegangen ist. Er sollte seine Mittel auch einsetzen, um im Krisenfall den Konkurs einer Bank zu verhindern. Ein solcher Fonds könnte natürlich nie groß genug sein, um ähnlich hohe Garantien auszugeben, wie sie der Staat zur Bewältigung der Krise geben musste. Aber der Staat müsste die Möglichkeit haben, den Teil der Garantien, die am Ende wirklich eingelöst werden, den tatsächlichen Verlust, der durch Rettungsmaßnahmen entsteht, von diesem Fonds ersetzen zu lassen. Diese Forderung wäre in jeder Beziehung berechtigt. Denn wenn der Staat die Garantien nicht gegeben hätte und Banken wirklich Konkurs gehen ließe, müsste der Einlagensicherungsfonds ja ohnehin zahlen. Beide Professoren weisen darauf hin, dass ein solcher Fonds natürlich nicht nur als Krisenkasse dienen sollte, sondern gleichzeitig auch ein wesentlicher Bestandteil der Bankenaufsicht. Eine Institution, die bei (drohenden) Bankeninsolvenzen haften muss, hätte natürlich ein elementares Interesse, solche Insolvenzen zu verhindern, da die Beitragshöhe davon abhängig wäre, wie hoch die von einer Bank eingegangenen

Risiken sind, hätte er eine ähnliche Funktion wie die staatliche Bankenaufsicht. Professor Krahen schlägt deshalb vor, einen solchen Einlagensicherungsfonds nah an der Bankenaufsicht einzurichten.

### **Banken müssen in die Pflicht genommen werden.**

Das der Staat keine Großbank Konkurs gehen lässt, hat die Politik in den letzten Monaten klar gemacht: Das wäre zu gefährlich für Finanzsystem. So genießen die großen deutschen Banken eine Bestandsgarantie. Bisher gratis und frei Haus. Es sei denn, der Staat könnte sich die Milliarden aus einem verbesserten Sicherungsfonds der Banken zurückholen. Professor Jan Pieter Krahen bedauert, dass derartige Konzepte in der Diskussion bis heute fehlen. Er glaubt: das müsse auf den Weg gebracht werden und sei eine der ersten Punkte, die von einer neuen Bundesregierung aufgenommen werden können. Ähnlich argumentiert Professor Reifner: „da wir im Moment große Einschnitte erwarten, im sozialen und sonstigen Bereichen, weil auch die Arbeitslosigkeit steigt, ist es das mindeste, dass die Regierung uns sagt, wie zukünftig die Risiken im Bankenbereich getragen werden und zwar nicht von uns sondern vom Bankenbereich selber.“ Zum Beispiel mit einem Krisen Fonds, der Geld für die Bankenrettung von den Banken selbst einsammelt.

Plusminus hat die neuen Regierungsparteien gefragt, was die davon halten. Die FDP antwortete: um Ihre Meinung zu erfahren. sollten wir Herrn Steinbrück fragen. Eine denkwürdige Antwort: Kann ein scheidender SPD-Finanzminister wirklich für die FDP sprechen kann ? Oder hat die FDP zu diesen Fragen etwa keine Eigene Position ? Die CDU antwortete. „Alle Maßnahmen müssen von der Kreditwirtschaft mitgetragen werden.“ Aber, wen wundert's, der deutsche bankenverband hält von dieser Idee nichts, Zitat: Aus Sicht des deutschen Bankenverband – „gibt es keinen Grund das bewährte und leistungsfähige System umzubauen oder um neue Aufgaben zu erweitern“. So sollen also doch allein die Steuerzahler die Zeche der Bankenrettung zahlen.